57. Jahrgang. № 153. Donnerstag, 5. Juni 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M. Marke: Dreiring.

RAUM KUNST „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastraße 5/7 Billige Brautausstattungen.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Kennzeichen. E. Böhme's rother Gartenschlauch. Telephon I 3844. C. Löfler, B. Lorenzen Nachf. Dresden-A.

Haut-Bleichcreme „Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiss. Wirksam erprobtes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Echt „Chloro" Tube 1 Mark; dazu gehörige Chloroseife 60 Pfg. vom Laboratorium „Leo", Dresden 3. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Hauptdepot: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

1862 Gegründet 1862. J. A. Bruno KÖNIG Dresden-N., Kamenzer Straße 27 :: :: Dresden-A., Amalienplatz und Ringstraße. Großes Lager und Anfertigung nach Zeichnung. Brautmöbel

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: meist heiter, warm, trocken, aber Gewitterneigung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kündigt für den Herbst eine Vorlage über die braunschweigische Thronfolgefrage an.

Die vom Reichsschatzsekretär aufgestellte Berechnung ergab, daß nach den neuesten Vorschlägen der Wehrbeitrag von Vermögen 720 Millionen, von Einkommen 120 Millionen betragen würde.

Die Reichsregierung hält nach wie vor daran fest, daß die Wehr- und Deckungsvorlagen zu gleicher Zeit verabschiedet werden.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte gestern die Beratung des Gesetzentwurfes über den Wehrbeitrag fort.

An freiwilligen Wehrbeiträgen sind bei der Reichshauptkasse bisher insgesamt 388 565 Mark eingegangen.

In Berliner parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Tagung des Reichstages spätestens am 20. Juni beendet sein wird.

Beide Häuser des preußischen Landtages wurden auf den 12. Juni einberufen.

Die internationale Finanzkonferenz wurde gestern in Paris durch den Minister Pichon eröffnet.

Eine bulgarische Infanterie-Abteilung und eine Feldbatterie haben bei Istip die serbische Grenze überschritten.

Reichskanzler und Reichstag.

Nachgerade nimmt die Art, wie die Stimmungsmache für die Reichsvermögenssteuer betrieben wird, verdächtige Formen an. Trotzdem der Reichskanzler und der Reichsschatzsekretär sich mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Steuer ausgesprochen haben, trotzdem mehrere Bundesregierungen jenem Treiben ein bedingungsloses Unannehmbar entgegengesetzt haben, ja, obwohl die Parteien, die für die Reichsvermögenssteuer eintreten und nun der vorläufigen Vereinbarung über die Ausgestaltung des einmaligen Wehrbeitrages beigetreten sind, sich selbst desavouiert haben — denn diese Vereinbarung will an die Stelle einer Besteuerung des Vermögens sozusagen eine Besteuerung nach dem Einkommen setzen —, beharrt die gesamte Linke, hier und da unter dem Beifall der Zentrumspresse, auf der Forderung, daß man, da man die Erbschaftssteuer nicht haben wolle oder nicht haben könne, die Reichsvermögenssteuer haben müsse. In der Politik, die die Kunst des Möglichen ist, hat der Kampf für eine aussichtslose Sache immer etwas Verdächtiges. In der Tat muß der Eifer, der auch in diesem Falle für das Streben nach unerreichbaren Zielen aufgewendet wird, den Eindruck machen, daß die Forderung einer Reichsvermögenssteuer mehr oder weniger Nebensache, Hauptsache aber das Machtbegehr der demokratischen Parteien und ihr Verlangen ist, eine Lage der Reichsleitung, wie sie so günstig für sie vielleicht sobald nicht wiederkehrt, für ihre Parteizwecke auszunutzen. Es scheint sich bewahrheiten zu sollen, daß weit mehr als ein Steuerstreit auf dem Spiele steht, und daß es zu einem Kampfe um die Macht kommt. Die in der Tagespresse aufgetauchte Behauptung, daß der Reichskanzler zurücktreten müßte, wenn eine Mehrheit des Reichstages die Reichsvermögenssteuer forderte, deutet zum mindesten darauf hin, um welchen Preis es gehen könnte. Denn für den Fall, daß eine Reichstagsmehrheit von Spahn bis Haase mit ihrer Forderung einer Besitzbesteuerung durchdränge, wäre das von weit größerer Tragweite, als auf dem Posten des leitenden Staatsmannes ein Wechsel, der übrigens völlig zwecklos wäre. Denn jeder Nachfolger müßte gegenüber der Besteuerung des Vermögens von Reichs wegen in der Art, daß die Einzelstaaten auf Gnade oder Ungnade der Willkür von Reichstagsbeschlüssen ausgeliefert wären, kraft der Verantwortung, die er für die Wohlfahrt der Glieder des Reichsganzen zu tragen hat, genau denselben unbedingt ablehnenden Standpunkt einnehmen wie der jetzige Reichskanzler oder jeder seiner Vorgänger. Ein Beschluß des Reichstages zugunsten einer Reichsvermögenssteuer würde von weit größerer Tragweite sein: es müßte eine Quelle unabsehbarer Wirren werden, müßte zu schweren Konflikten und Erschütterungen im Innern des Reiches führen. Die bürgerlichen Parteien wenigstens, die anscheinend bereit sind, jetzt auch in der Finanz- und Steuergesetzgebung Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms zu übernehmen, mögen sich darüber klar werden, daß es in dieser Frage nicht bloß für den Reichskanzler, sondern für die Gesamtheit der Verbündeten Regierungen ein Zurück nicht geben darf; sie mögen dem Vaterlande eine Prüfung ersparen, bei der, wie sie auch ausgehen mag, unter allen Umständen die vertrauensvollen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten gelockert werden müßten.

Es ist ganz unverkennbar, daß sich die Linksmehrheit des Reichstags, zumal in Gemeinschaft des Zentrums, ihrer Macht bewußt ist, und von dieser Macht einen Gebrauch machen will, der hinterher ihre Parteizwecke zu fördern vermag. Aber auch die Besonnenheit sollte zu Worte kommen. Man darf sich nicht verhehlen, daß bereits das, was bis jetzt den Verbündeten Regierungen an Entgegenkommen und Nachgiebigkeit, an materiellen Zugeständnissen zugemutet wird, — es seien nur erwähnt die höchst bedenkliche Kürzung der Kavalleriefordernng, die Annahme eines sozialdemokratischen Antrags betreffs Beseitigung der Steuerfreiheit der Fürsten, die auf Betreiben des Zentrums geplante Heranziehung der Einkommen, was nimmermehr als Auflage auf den Besitz im Sinne der Regierungsvorlage gelten könnte, — ein sehr reichliches Maß demokratischer Ansprüche und Errungenschaften darstellt. Staatserhaltende Parteien wie das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei können, wenn sie nicht ihren staatserhaltenden Charakter preisgeben wollen, ihre Stellungnahme gegenüber der Reichsleitung in einer Frage, die für den föderativen Charakter des Reichs von grundlegender Bedeutung ist, unmöglich bis zur Demütigung der Regierung treiben. Und weiter muß man doch fragen: Ist denn wirklich der Teil der Deckungsfrage, den man als Handhabe benutzen will, um eine Reichsvermögenssteuer zu erzwingen, von solchem Wert, daß um deswillen eine Gefahr von äußerster Tragweite über das Vaterland gebracht werden dürfte? Wie kann man überhaupt eine Frage der nationalen Ehre und Sicherheit mit einer politischen Machtfrage verquicken? Wie darf der hohe leuchtende Gedanke eines vaterländischen Gesamtopfers noch mehr, als es ohnehin geschehen ist, verdunkelt, wie dürfen die Voraussetzungen, von denen die verantwortlichen Stellen bei dem Versuch einer angemessenen Verteilung der neuen außerordentlichen Lasten ausgegangen sind, gewaltsam umgestoßen werden? In welcher Form und mit welcher Wirkung der einmalige Wehrbeitrag schließlich auch erhoben werden mag, die Schätzung seines auch von den Parteien auf rund 1000 Millionen angenommenen Ertrages ist nicht aus den Wolken geholt, sie ist auf sehr realer Basis erfolgt, und diese Basis ist die steuerliche Verfassung mit ihren Grenzen und Schranken, wie sie gegenwärtig im Reich und in den Bundesstaaten nebeneinander besteht und mehr als ein Menschenalter hindurch beiden Parteien eine sichere Existenz und eine allen berechtigten Anforderungen genügende Leistungsfähigkeit gewährt hat. Die Deckung der einmaligen Kosten der Wehrvorlage und die der laufenden Kosten gehören auch unter dem Gesichtspunkte zusammen, daß die finanzpolitischen und volkswirtschaftlichen Grundlagen, auf denen der Gedanke des einmaligen Wehrbeitrages ruht und praktisch allein durchführbar ist, bei der Beschaffung der Deckung für die laufenden Kosten nicht verlassen oder gar absichtlich zerstört werden dürfen. Eine Kraftanstrengung wie die, die jetzt dem deutschen Volke auferlegt werden soll, kann nur dann ohne Schaden überwunden werden, wenn der gesamte Volkskörper in allen seinen Lebensbedingungen und Lebensbetätigungen intakt bleibt, aber nicht, wenn ihm, wie es mit der Einführung einer Reichsvermögenssteuer geschähe, tiefe, in mancher Hinsicht unheilbare Wunden geschlagen würden.

Dazu kann der Staatsmann, der an verantwortlicher Stelle steht, die Hand niemals bieten, und die Reichstagsmehrheit, die dennoch darauf bestehen wollte, hätte die Folgen sich selbst zuzuschreiben. Es wären unerwünschte Folgen vielleicht gerade für die Parteien, die am lautesten nach der Reichsvermögenssteuer rufen. Denn die große Mehrheit des deutschen Volkes würde, des darf man wohl gewiß sein, aus der Entrüstung über die Parteien kein Hehl machen, die mit ihrer Besitzsteuertaktik die Einzelstaaten aus ihrer finanziellen Selbständigkeit herauszumanövrieren trachteten. Den größten Schaden aber hätte das Vaterland. Die ganze Welt blickt in diesen Tagen auf Deutschland in der gespannten Erwartung, ob die große Aufgabe, die zur Entscheidung steht, ein großes Geschlecht finden wird. Es hieße, wie die Dinge liegen, geradezu nationales Gut verschleudern, wenn nichts oder etwas, das mehr schadet als nützt, zustande käme. Deshalb darf für eine Position Reichstag gegen Reichskanzler kein Raum sein, deshalb muß auch die Deckungsfrage, und zwar in allen ihren Teilen, unter der Losung Reichskanzler und Reichstag zum Abschluß gebracht werden, wie denn auch in letzter Stunde die Wahrscheinlichkeit gewachsen sein soll, daß die grundsätzliche Art der Erhebung des Wehrbeitrages, die von der Reichsleitung vorgeschlagen ist, schließlich als die annehmbarste Lösung angesehen werden wird.

Eine energische Erklärung der Regierung gegen die Welfen.

Wir haben in den letzten Tagen wiederholt Aeußerungen welfischer Persönlichkeiten und Blätter mitgeteilt, die den Prinzen Ernst August und seine Gemahlin, die Prinzessin Viktoria Luise, als zukünftigen König und zukünftige Königin von Hannover bezeichneten, und die den Anschein gaben, als ob der Herzog und der Prinz Ernst August von Cumberland mit der erneut einsetzenden welfischen Agitation einverstanden seien. Der auch in unserem Blatte ausgesprochene Wunsch, daß die Reichsregierung diesem Treiben der Welfen energisch entgegentreten möge, hat sich nun erfüllt. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt am Mittwoch abend einen Artikel, der den Gedanken zurückweist, daß die Vermählung der Prinzessin Viktoria Luise von Einfluß auf die Zukunft der Provinz Hannover sein werde. **Hannover sei und bleibe ein Bestandteil des preußischen Staates.** Daran werde auch **kein Tüpfelchen geändert.** Auch Prinz Ernst August und sein Vater wünschen nicht, daß die soeben geschlossene Verbindung irgendwie zu Grundlagen von Versuchen gemacht werde, die auf die Wiederherstellung des Königreichs Hannover oder auch nur auf eine Aenderung der preußischen Grenze zugunsten Braunschweigs hinauslaufen. Die Verdächtigung, auch Prinzessin Viktoria Luise werde nunmehr für die Wiederherstellung des Königreichs Hannover eintreten, verdiene nicht einmal ein Wort der Zurückweisung. Weiter heißt es in dem Artikel:

> Das feierliche Wort des Prinzen Ernst August, das er im Einverständnis mit seinem Herrn Vater abgegeben hat, bürgt über jeden Zweifel hinaus dafür, daß er nichts tun und nichts unterstützen wird, was eine Aenderung des preußischen Besitzstandes im Auge hat. Anders steht es mit der **Ordnung der braunschweigischen Verhältnisse.** Auf Anregung der braunschweigischen Regierung wird, wie wir annehmen, der Bundesrat im Laufe des kommenden Herbstes in die Lage versetzt werden, zu prüfen, ob der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig noch Bedenken im Wege stehen. Mit Hannover hat das, wie wir wiederholen, nicht das mindeste zu tun; denn eine hannoversche Frage gibt es nicht.

Die Zurückweisung der welfischen Agitation begrüßen wir und hoffen, daß die deutliche Erklärung über die Ansichten des Herzogs von Cumberland der welfischen Agitation nunmehr auch den Boden entziehen wird. Der zweite Teil des Artikels der „Norddeutschen" bestätigt nur das, was wir unseren Lesern bereits in den letzten Tagen mitteilen konnten, nämlich, daß der Prinz im Herbst, und zwar im November, als Herzog in Braunschweig einziehen wird.

Vom Balkan.

Ein Zwischenfall zwischen Serben und Bulgaren.

Der Pariser „Matin" meldet aus Belgrad einen schweren Zwischenfall, der sich zwischen serbischen und bulgarischen Truppen ereignet hat, und der geeignet wäre, die schwersten Folgen nach sich zu ziehen. Eine bulgarische Infanterie-Abteilung und eine Feldbatterie hat die serbische Grenze überschritten und ist in serbisches Gebiet eingedrungen, um sich bei der Stadt Istip festzusetzen. Es

Eßt Pfunds Yoghurt!